

Stadt Erlangen

Erlangen, 17.11.2022

Referat: OBM
 Amt: 13-3

Niederschrift

Besprechung am: **20. Oktober 2022** Beginn: 17:30 Uhr
 Ort: Rathausaal Ende: 21:00 Uhr

Thema: 13. Vollversammlung des Ausländer- und Integrationsbeirats der Stadt Erlangen

Anwesende

Siehe Anwesenheitsliste

Entschuldigt

Siehe Anwesenheitsliste

Verteiler

Siehe Anwesenheitsliste

Die Niederschrift beschränkt sich auf die Wiedergabe der wesentlichen Ergebnisse. Wenn innerhalb von acht Tagen nach Zusendung der Niederschrift keine Einwände erhoben werden, wird Einverständnis unterstellt.

Ergebnis:

Der Vorsitzende des Beirats, Herr Boukhachem, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder des Beirats unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß geladen wurden und dass der Beirat beschlussfähig ist.

TOP 1 Aktuelles

- Der Vorsitzende erwähnt die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine sowie im Iran und bringt seine Bestürzung zum Ausdruck.
- Der Vorsitzende verabschiedet Herrn Kreisel, Leiter der Polizeiinspektion Erlangen als beratendes Mitglied im AIB und dankt für die gute Zusammenarbeit. Herr Wild stellt sich als Nachfolger von Herrn Kreisel vor.
- Der Vorsitzende begrüßt die beiden Nachrücker Herr Rasool Shahsevani und Xie Weidong, die sich kurz vorstellen.
- Der Vorsitzende berichtet darüber, dass sich der AIB mit dem Gedenkort der NSU-Morde befasst hat. Die Einrichtung eines Gedenkortes durch die Stadt wird vom AIB ausdrücklich begrüßt. Die Wahl des Ortes und die fehlende Nennung der Namen wurden vom AIB kritisch diskutiert. Dazu fand ein Gespräch der Vorsitzenden mit dem OB und Frau Klein (Koordinationsstelle Integration) statt. Der Vorsitzende berichtet, dass der OB daraufhin vorgeschlagen hat, dass die Namen der Opfer an die Bäume angebracht werden könnten und ein Name als Straßenschild angebracht werden könne. Frau Yaver-Bozkurt berichtet, was die NSU-Morde für sie und viele andere bedeutet haben und wie sie den Ort und den Prozess bewertet. Der Entscheidungsweg wird diskutiert.

TOP 2 Diversitätsorientierung der Verwaltung

Die stv. Vorsitzende, Frau Nicholson, begrüßt Herrn Redel, Leiter des Personalamts. Der Beirat hat vor einem Jahr dem Personalamt Vorschläge zur Diversitätsorientierung und interkulturellen Öffnung der Verwaltung unterbreitet und sucht daraufhin den Austausch mit dem Personalamt.

Herr Redel berichtet über die bisherigen Maßnahmen im Bereich der interkulturellen Öffnung durch das Personalamt. Herr Redel sieht Vielfalt als Teil der gesamten Arbeit, was er in die Verwaltung nach innen und nach außen zeigen möchte. Ein Schwerpunkt, an dem dies deutlich wurde, ist das Arbeitgebermarketing. Das Bildmaterial hat sich geändert, hier wird es noch weitere Anpassungen geben. In diesem Jahr wurden neue Videos erstellt, mit denen zukünftig verstärkt Werbung gemacht wird. Hier wurde intensiv mit dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt zusammengearbeitet. Bei Stellenausschreibungen befindet sich die Stadt in einer Übergangsphase; im nächsten Jahr werden sie optisch neugestaltet. Herr Redel verweist auf den Zusatz Stellenausschreibungen: „Wir sehen Vielfalt als Chance. Grundsätzlich sind alle Stellen teilzeitfähig. Menschen mit Behinderung werden bei gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt“.

Laut Herrn Redel gibt es zahlreiche Projekte, die in Zusammenarbeit mit dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt umgesetzt würden. Bei den eingestellten Nachwuchskräften hatten im Jahr 2022 von 43 Personen 32% „Migrationshintergrund“. Zu den regulären Ausbildungsverhältnissen gibt es drei speziell geförderte, die mit Personen mit „Migrationshintergrund“ besetzt wurden.

Die stv. Vorsitzende Frau Nicholson verweist auf den Antrag des AIB vom 20.09.2012 und dem darauffolgenden Beschluss des Stadtrats vom 21.11.2012 (Vorlagennummer: 11/108/2012). Darin wird eine möglichst breite Formulierung der geforderten Qualifikation bei ausgeschriebenen Stellen der Stadt Erlangen vorgesehen. Auf die Frage, wie häufig der Zusatz in Stellenausschreibungen „oder gleichwertige Qualifikation“ verwendet wird, erwähnt Herr Redel, dass es keine genauen Daten dazu gebe. Dieser Zusatz würde immer wieder verwendet, aber nicht grundsätzlich. Das Personalamt versucht, die rechtlichen Möglichkeiten dazu auszuloten. Bei Bewerber*innen mit ausländischen Abschlüssen, gehe das Personalamt aktiv auf Bewerber*innen zu um über die Anerkennungsmöglichkeiten zu informieren, wenn das Anerkennungsverfahren bereits angestoßen ist, würden Bewerber*innen in das Verfahren integriert. Sprachkenntnisse als besondere Qualifikation könnten dann gewertet werden, wenn sie für die Stelle relevant sind. Ansonsten gilt wie für alle Arbeitgeber im öffentlichen Dienst das Prinzip der Besten-Auslese.

Es wird der Vorschlag eingebracht, Informationen für Migrantenvereine in angepasster Form zu veröffentlichen. Die Vorteile einer diversen Mitarbeiterschaft auf den Kontakt mit Bürger*innen werden betont.

Die Frage nach der fehlenden Möglichkeit für Drittstaatenangehörige auf eine Beamtenlaufbahn wird mit Regelungen des Grundgesetzes beantwortet. Der Stadtrat Ortega weist darauf hin, dass sehr viele Mitarbeitende bei der Verwaltung keinen Beamtenstatus haben.

Hr. Redel zeigt ein Video, mit dem das Personalamt bei Jugendlichen für eine Tätigkeit bei der Stadt wirbt. Die stv. Vorsitzende Frau Nicholson dankt Herrn Redel für seinen Bericht.

TOP 3 Bericht über die Flüchtlingsarbeit in Erlangen

Der Vorsitzende Herr Boukhachem begrüßt Herrn Schöttler von EFIE (Ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung in Erlangen e.V.). Die Zusammenarbeit zwischen dem AIB und EFIE soll künftig wieder verstärkt werden. Herr Schöttler stellt die Arbeit von EFIE vor.

Herr Schöttler erklärt, dass Menschen aus der Ukraine bereits gute Beratung bekommen. Daher setzt sich EFIE für andere benachteiligte Geflüchteten und deren Integration ein. Herr Ortega der SPD setzt sich dafür ein, dass alle Geflüchteten gleichbehandelt werden sollen. Herr Ortega berichtet darüber, dass in ER-Tennenlohe Familien aus Afghanistan untergebracht werden. Diese Familien werden auch von EFIE unterstützt. In Bezug auf die Kinder der Hausaufgabenbetreuung von EFIE wird eine Kontaktabbauung zu dem Mentorenprogramm *diebegleiter* angeregt. *Diebegleiter* suchen fortlaufend nach Pat*innen.

Laut Herrn Schöttler hat der Rechtskreiswechsel von 1.600 neuen Fällen ukrainischer Geflüchteter dazu geführt, dass die von EFIE betreuten Geflüchteten wochenlang auf Rückmeldungen vom Jobcenter warten würden. Mitarbeiter*innen seien nicht erreichbar; Zahlungen würden eingestellt ohne Erklärung; Unterlagen veralten währenddessen und sind nochmals zu senden. Die Vorsitzenden sehen aktuell ähnliche Probleme bei der Ausländerbehörde.

Eine Erzieherin, die am Anger arbeitet, berichtet, dass Jobcenter und Sozialämter Zahlungen einstellen würden. Kinder würden nicht weiter betreut, wenn die Einrichtungen nicht selbst die Auslagen für die Kinder übernehmen würden. Diese Familien könnten ihr Recht nicht einfordern.

Herr Sauerer der Grünen Liste betont, dass es sich um ein strukturelles Problem handelt, das von der Stadt aufgegriffen werden müsse. Die Bearbeitungszeiten hätten existenzbedrohende Ausmaße angenommen. Die Grüne Liste bittet den AIB, einen Beschluss zu fassen, dass die Stadt mit Dringlichkeit Lösungen für die schnellere Fallbearbeitung und Erreichbarkeit findet. Der AIB wird sich intern dazu beraten.

Fragen zu der ausgestellten Frist von Duldungen werden diskutiert. Die Geschäftsführerin wird dazu den Leiter der Ausländerbehörde kontaktieren, um genauere Infos einzuholen.

Der Vorsitzende des AIB bedankt sich bei Herrn Schöttler für seinen Bericht. Die ehrenamtliche Arbeit von EFIE wird vom AIB sehr wertvoll erachtet. Der AIB bedankt sich bei allen engagierten Helfer*innen.

TOP 4 Stand der Integration der Zugewanderten von 2015/16

Die stv. Vorsitzende Frau Nicholson begrüßt Herrn Sharifov, Koordination Flüchtlings- und Migrationsarbeit und Herrn Schmitt. Herr Schmidt berichtete zuletzt im Juli 2019 über den Stand der Arbeitsmarktintegration der Zugewanderten von 2015/16.

Herr Schmitt erläutert die Leistungen der GGFA (Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung der Arbeit). Alle Personen, die Leistungen nach dem SGB-II erhalten, werden von der GGFA beraten und können an Maßnahmen der GGFA teilnehmen. Für junge Menschen gibt es das Projekt Mittelschulabschluss (schulische Maßnahme, um einen Schulabschluss zu erwerben) sowie „Just best“ für junge Erwachsene. Beide Angebote sind unabhängig von dem Bezug von Leistungen oder dem Aufenthaltsstatus. Es gibt Jobcoaches, die Zugewanderte im Übergang von Sprachkurs in Arbeit oder Ausbildung begleiten. Herr Schmitt erklärt: Es ist das Ziel, möglichst viele Menschen ohne Berufserfahrung durch verschiedene Qualifikationen in Ausbildung zu bringen. Eine berufliche Qualifizierung und Ausbildung hat Vorrang vor der Vermittlung in Arbeit. Es finden dazu auch Informationsveranstaltungen in Integrationskursen statt.

Hr. Schmitt stellt die Zahlen der Aufnahmen von Beschäftigung und Ausbildung von 2018 bis 2022 vor (diese sind im Ratsinformationssystem der Stadt Erlangen zu finden, sowie in Auszügen anbei).

Der Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Zugewanderten (mit Fluchthintergrund aus nichteuropäischen Herkunftsländern) hat sich seit 2017 fast verdoppelt. 487 Personen wurden im Helferbereich in den Arbeitsmarkt integriert, 650 Personen haben eine Arbeit als Fachkraft aufgenommen. Die Hälfte der Personen geht sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen nach.

Sehr viele Zugewanderte von 2015/16, die von der GGFA betreut werden, haben gut am Arbeitsmarkt Fuß gefasst. Es gibt viele Erfolgsgeschichten von Personen, die eine Ausbildung durchlaufen haben. Manche Menschen haben eher Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Dies liegt an sprachlichen Schwierigkeiten, einem gewissen Alter, einer Krankheit oder wenig beruflicher Erfahrung aus dem Herkunftsland. Dies trifft insbesondere größere Familien, bei denen nur eine Person arbeitet. Hier wird versucht, über Spracherwerb und Qualifikationsmaßnahmen zu unterstützen.

Die Frage nach Langzeitarbeitslosigkeit bei zugewanderten Personen mit Fluchthintergrund wird gestellt. Herr Schmitt erklärt, dass von ca. 1.500 in den Jahren 2015/16 zugewanderten Personen nach wie vor 271 im Jobcenter betreut werden. Im Vergleich zu anderen Städten ist die Integrationsquote in dauerhafte Arbeitsverhältnisse in Erlangen sehr gut. Der Markt für Geringqualifizierte ist in Erlangen jedoch schwierig. Es gibt wenige, die vom Jobcenter als Fachkräfte oder Spezialisten vermittelt werden können. Die Hauptgründe für fortbestehende Arbeitslosigkeit sind der eingeschränkte Spracherwerb; fehlende Kinderbetreuung, zeitliche Einschränkungen oder Krankheit.

Frau Nicholson dankt Herrn Schmitt für den Austausch und die Aufbereitung der Informationen.

Herr Sharifov, Koordination der Flüchtlings- und Migrationsarbeit der Stadt Erlangen berichtet: Seit 2015/16 kamen ca. 1.500 Personen aus Fluchtländern nach Erlangen. Der Großteil der Zugewanderten wurde anerkannt, die Personen werden von Regeldiensten unterstützt. Herr Sharifov sieht möglicherweise noch Unterstützungsbedarf im schulischen Bereich. Bei den Nichtanerkannten geht es darum, sich nach wie vor um den Aufenthaltstitel zu bemühen. Die Deutschförderung wird unabhängig von der jeweiligen Aufenthaltsperspektive durch Deutschkurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge unterstützt. Die Frage nach Unterschieden in Bezug auf den Aufenthaltstitel nach den Herkunftsländern (Irak, Äthiopien, Eritrea, Syrien oder Afghanistan) wird gestellt. Es gibt

Unterschiede in der Zuerkennung der Fluchteigenschaft. Davon hängt es ab, welche Förderinstrumente in Anspruch genommen werden können.

Herr Sharifov berichtet, dass keine Geflüchtete aus dem Flüchtlingslager in Moria mehr nach Erlangen kommen, nachdem das Kontingent für die Zuteilung nach Erlangen erreicht ist. Aktuell kommen vor allem aus Afghanistan Geflüchtete. Die Regierung von Mittelfranken hat für sie eine Unterkunft angemietet. Der Himbeerpalast wurde als Erstaufnahmeeinrichtung umgewandelt; alle Unterkünfte werden durch die Regierung von Mittelfranken vollbelegt. Ortskräfte aus Afghanistan sind eine große Gruppe, die in Erlangen zugeteilt werden. Diese Personen werden wie Geflüchtete aus der Ukraine auch im SGB-II-Kreis aufgenommen. Eine genaue Anzahl der Geflüchteten aus Kriegsländern wie Syrien und dem Irak liegt aktuell nicht vor.

Das Stadtratsmitglied der SPD, Herr Ortega betont, dass die Stadt die Absicht hatte, so viele Menschen wie möglich aus Moria aufzunehmen. Die Regierung hat die Menschen jeweils den Kommunen zugeteilt.

TOP 5 Wahl einer*s neuen stv. Vorsitzenden

Da Herr Adawi als erster stellvertretender Vorsitzender wegen Umzug aus dem Beirat ausgeschieden ist, wird ein*e Nachfolger*in gewählt. Der Wahlvorstand wird aus den Stadtratsmitgliedern Frau Winner und Herr Ortega gebildet. Frau Nicholson, Frau Dr. Atchia-Emmerich, Frau Ramesh und Frau Hummady stellen zur Wahl. Wahlberechtigt sind 21 anwesende gewählte Beiratsmitglieder. Die Wahl wird einzeln und geheim mit Stimmzetteln durchgeführt. Die anwesenden Mitglieder stimmen ab. Der Wahlvorstand verkündet das Ergebnis: Frau Nicholson wird mit 7 Stimmen als neue erste stv. Vorsitzende gewählt. Frau Hummady und Frau Ramesh erhalten jeweils 5 Stimmen, Frau Dr. Atchia-Emmerich erhält 3 Stimmen, es gibt eine Enthaltung. Liz Nicholson nimmt die Wahl als erste stv. Vorsitzende an.

Daher ist die bisherige Position von Frau Nicholson als zweite stv. Vorsitzende neu zu besetzen. Zur Wahl stellen sich Frau Bozovic, Frau Dr. Atchia-Emmerich, Frau Hummady und Frau Ramesh. Die Beiratsmitglieder stimmen ab. Der Wahlvorstand verkündet das Ergebnis: Frau Dr. Atchia-Emmerich wird mit 9 Stimmen als zweite stv. Vorsitzende gewählt. Frau Ramesh erhält 7 Stimmen, Frau Hummady 3 Stimmen und Frau Bozovic 1 Stimme, es gibt eine Enthaltung. Frau Dr. Atchia-Emmerich nimmt die Wahl als zweite stv. Vorsitzende an.

TOP 6 Berichte aus den Arbeitsgruppen und Gremien

Frau Dr. Atchia-Emmerich berichtet über die Sitzung der AG1 Politik vom 6.10.22. Es ging um Besuche des AIB bei den Flüchtlingsunterkünften; um die Wochen gegen Rassismus 2023, die Vorbereitung des Themas von TOP 4 dieser Vollversammlung. Die nächste Sitzung findet am 22.11.22 statt.

Frau Ramesh berichtet der Sitzung der AG 2 Bildung und Arbeit vom 5.10.22. Das Gespräch mit der FAU wurde vorbereitet; weitere Themen waren die Anerkennung von Berufs- und Ausbildungsabschlüssen, Sprachprojekt „Viele Sprachen, ein Erlangen“ in Verbindung mit

dem Tag der Muttersprache von 2023 sowie ein Filmprojekt für Zugewanderte zum Thema Klimaschutz. Der Verein Integreater soll zur nächsten Sitzung eingeladen werden. Es gab eine Sondersitzung zum Tag der Muttersprache.

Frau Christl berichtet über die Sitzung der AG 3 Kultur und Soziales vom 12.10.22. Es ging um die häusliche Vollzeitpflege. Zu dem Thema soll ein gemeinsamer Antrag mit dem Seniorenamt und Seniorenbeirat erarbeitet werden. Zum Weltflüchtlingstag am 18.12. wird ein Filmvortrag in Kooperation mit der Partnerstadt Jena vorbereitet.

Die nächste Sitzung der AG 4 Öffentlichkeitsarbeit findet am 25.10.22 statt. In der Zwischenzeit fand fortlaufend Social Media Kommunikation statt; Werbung für das Elefantengottfest sowie Stellungnahmen zur Situation im Iran wurden ausgearbeitet. Der Vorsitzende weist auf die bisherigen Erfolge der AG 4 hin.

Herr Mills berichtet über die gemeinsame Ausstellung Religramme, die in Kooperation mit dem Friedensweg vom 12.9. bis 12.10. in der Hugenottenkirche gezeigt wurde. Dazu wurde ein Film gedreht und eine Podiumsdiskussion mit Glaubensvertreter*innen organisiert.

Herr Telami berichtet, dass er das Thema Rassismus im Sport bei der nächsten Sitzung des Sportausschuss/ Sport-Beirat einbringen möchte. Das Thema der Platzsuche zweier Cricket-Clubs wurde durch die Vermittlung von Herrn Telami erfolgreich gelöst.

Frau Paduch berichtet aus der Sitzung vom Bildungsausschuss am 13.10.22. Schulen wüssten nicht bzw. erfahren im letzten Moment, welche schulpflichtigen Kinder kommen (beispielsweise wie aktuell die Kinder aus Afghanistan). Der Förderbedarf ist daher schlecht planbar. An Gymnasien und in der Wirtschaftsschule gibt es Willkommensklassen. Die Klassen an Gymnasien sind voll, in der Wirtschaftsschule gibt es noch ein paar Plätze. In den Grundschulen werden ausländische Kinder in regulären Klassen unterrichtet. Generell leiden die Schulen unter Personalmangel und haben auch keine Räume mehr zur Verfügung. Der Internationale Bund bietet am Ohm-Gymnasium einen Integrationskurs für Jugendliche an (für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche, die noch keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben).

TOP 7 Anträge / Anfragen / Sonstiges

Der Vorsitzende berichtet über den Hinweis vom Bildungsbüro: Die Kinderbibliothek sucht Kinderbücher in verschiedenen Sprachen für die geflüchteten Kinder im Himbeerpalast. Die Bücher können dort abgegeben werden.

Herr Boukhachem berichtet über die Anfrage der Linken für eine gemeinsame Demonstration gegen die Situation im Iran. Die Mitglieder sprechen sich für eine überparteiliche gemeinsame Demonstration aus. Die Geschäftsführerin fragt die im Stadtrat vertretenen Fraktionen dafür an. Frau Hummady wird für den AIB eine Rede halten.

Der ehemalige stv. Vorsitzende Herr Adawi wird von Herrn Boukhachem verabschiedet. Herr Boukhachem dankt Herrn Adawi für seine Mitarbeit.

Die Jahresabschlussfeier des AIB soll am 9.12.22 um 18:00 Uhr im Treffpunkt Röthelheimpark stattfinden. Eine Einladung erfolgt separat.

Herr Ortega berichtet von der Suche nach einem Ort für islamische Beerdigungen. Die islamischen Gemeinden sollen den Ort in der Gemeinde Steudach vorher besichtigen können. Herr Mills meldet sich als Begleitperson seitens des AIB.

Herr Sauerer berichtet über ein Thema aus dem HFPA. Es wurde diskutiert, eine Antidiskriminierungsklausel für gewerbetreibende Gaststätten einzufügen, z.B. das Verbot von rassistisch motivierten Einlassklauseln. Dafür wird jedoch eine Grundlage anhand von Daten benötigt. Es wird gebeten, Vorfälle an die Antidiskriminierungsstelle zu melden.

Der Vorsitzende Herr Boukhachem schließt die Sitzung um 20:58 Uhr. Die nächste Sitzung findet am 1.12.22 statt.

gez. Rami Boukhachem
Vorsitzender

gez. Carolin Braun
Schriftführerin